

F1

Titel Außenpolitische Beziehungen mit Russland

AntragstellerInnen Thüringen

Zur Weiterleitung an

angenommen

mit Änderungen angenommen

abgelehnt

Außenpolitische Beziehungen mit Russland

1 In der Außenpolitik wird häufig die Zusammenarbeit mit den ehemaligen Sowjetrepubliken als Russlandpoli-
2 tik zusammengefasst. Dabei sind schon längst 15 souveräne Staaten entstanden, mit eigener Verfassung. Die
3 Nachbarländer Russlands sind keine Satellitenstaaten und müssen auch so anerkannt werden. Es gibt mehr
4 als nur Russland: Georgien, Armenien, Aserbaidschan, Kasachstan, Kirgistan, Usbekistan, Tadschikistan, Turk-
5 menistan, die Ukraine, Belarus und die Republik Moldau sowie die baltischen Staaten, die längst Teil der EU
6 sind: Litauen, Estland und Lettland. Für uns stehen als Jusos die Menschenrechte an vorderster Stelle. Die
7 außenpolitischen Beziehungen zur russischen Föderation waren in den letzten Jahren Ausdruck politischer,
8 wirtschaftlicher und militärischer Spannungen. Wichtig ist uns dabei, Menschenrechte nicht aus den Augen zu
9 verlieren. Russland ist und bleibt ein wichtiger außenpolitischer Akteur*innen, der auch in globalen Konflik-
10 ten eine Rolle spielt. Während sich das politische Verständnis der Jusos klar von Versuchen der Spaltung in
11 Europa, der Annexion der Krim und möglicher Einflussnahme in Wahlkämpfen abgrenzt, setzen wir uns für
12 einen Dialog auf Augenhöhe ein. Der folgende Antrag möchte den Anstoß zu einer Verbandsdebatte liefern
13 und einige Themenfelder wie Northstream 2, die NATO und die Sanktionen einordnen und dabei die Russische
14 Föderation und die ehemaligen Ostblockstaaten in den Fokus nehmen. Für die Jusos muss es weiterhin wichtig
15 sein, den Dialog zu suchen, zu erklären und Standpunkte näher zu bringen. Die Bundesrepublik und Europa
16 muss mehr in die Zusammenarbeit zwischen den Zivilgesellschaften investieren. Es muss dabei möglich sein
17 in einen Dialog treten zu können, ohne dabei gleichzeitig die Annexion der Krim oder das Verhalten Russlands
18 gegenüber den ehemaligen Ostblockstaaten anzuerkennen oder die Sanktionen anzuzweifeln. Verständigung
19 für uns beinhaltet auch die Anerkennung gemachter Erfahrungen und Narrative, so dass ein Austausch auf
20 Augenhöhe möglich ist. Wir Jusos fordern:

- 21 • mehr Schüler*innenaustausche, mehr gemeinsame FSJ-, Studierenden- und Azubiprogramme und die
22 Förderung der Zusammenarbeit der verschiedenen Vereine, Gewerkschaften, Kommunen und Regio-
23 nen
- 24 • Ausbau der vorhandenen Austauschprogramme
- 25 • die generelle Aufstockung der Finanzierung von Projekten in Osteuropa
- 26 • uns innerhalb unserer internationalen Dachverbände für mehr Dialog mit russischen Sozialdemo-
27 krat*innen und Sozialist*innen einzusetzen

28 **Unsere Osteuropapolitik: Energiesicherheit, soziale Absicherung und ökologische Transformation**
29 Northstream 2 soll Erdgas von Russland über die Ostsee nach Deutschland liefern und ist Teil einer von der
30 EU verfolgten Strategie zum Ausbau einer transeuropäischen Energieinfrastruktur. Dabei ist die Planung und
31 der Ausbau der Pipeline von kontroversen Debatten dominiert. Die Art und Weise wie Northstream 2 geplant
32 und durchgeführt wurde, sowie deutsche Alleingänge im Allgemeinen, lehnen wir ab. Kritiker weisen auf die
33 höheren Kosten durch den Ausbau im Meer, genauso wie auf die ökologische Belastung für die Naturschutz-
34 gebiete, welche die Pipeline durchquert, hin. Ebenso wird die Befürchtung geäußert, dass sich Europa mit der
35 Nutzung von russischem Erdgas von Russland abhängig mache. Eine besonders schwerwiegende Kritik lautet,
36 dass Northstream 2 dem Zweck dient dem ukrainischen Staat wichtige Einnahmequellen zu entziehen, indem

37 bestehende Erdgas-Pipelines weniger genutzt werden. Auch Polen und die baltischen Staaten fordern das Ver-
 38 legen der Pipeline auf den Landweg, um von den damit einhergehenden Transitgebühren zu profitieren und
 39 ein mögliches Druckmittel gegenüber Russland nutzen zu können. Gleichzeitig kann Northstream 2 als Strate-
 40 gie zur Diversifizierung des Energiesektors eingeordnet werden. Während der Bau der Pipeline als unrentabel
 41 eingeordnet wird, werden in Zukunft mit hoher Wahrscheinlichkeit Exporte aus Norwegen und Großbritannien
 42 sinken und aus der Russischen Föderation mit ihren Republiken ansteigen. Russland hat sich trotz politischer
 43 Spannungen als zuverlässiger Lieferant natürlicher Ressourcen behauptet und ist zudem auch abhängig von
 44 europäischem Kapital. Derzeitiges amerikanisches Erdgas wird durch politische Krisen wie mit dem Iran kaum
 45 in Erwägung gezogen, zumal das dort betriebene Fracking umweltpolitisch schlechter einzuordnen ist. Wir
 46 Jusos fordern:

- 47 • Northstream 2 nur als Teil einer größeren Diversifizierungsstrategie zu verstehen. Die Annexion der
 48 Krim hat die Lebensverhältnisse in der Ukraine enorm verschlechtert. Northstream 2 entzieht der Ukrai-
 49 ne weitere mögliche Einnahmequellen. Die Energiepolitik der EU kann sich deshalb nicht auf North-
 50 stream fokussieren. Es müssen Lösungen her, die Staaten, die die Ukraine miteinbeziehen.
- 51 • Das gelieferte Erdgas nur als Übergangsmöglichkeit für eine nachhaltigere, grünere Energie zu ver-
 52 stehen. Wir Jusos fordern zwingend den Ausbau nachhaltiger Energiequellen und das Einhalten der
 53 Klimaziele.
- 54 • Energieengpässe- und Abhängigkeiten können durch eine europäische Energiepolitik verringert wer-
 55 den, die zudem staatliche Kooperationen notwendig macht. Dafür ist es dringend notwendig mehr
 56 Kompetenzen in der Energiepolitik auf europäischer Ebene zu normieren.
- 57 • Die bestehenden Pipelines, vor allem in Osteuropa, zu modernisieren und somit die Transitländern zu
 58 stärken.
- 59 • Wir halten die Sozialdemokratie mit der Korruption um und im Unternehmen Gazprom nicht vereinbar.

60 **Unsere Strategie: Der Kreml-Propaganda den Kampf ansagen!** Russland wird in europäischer und ame-
 61 rikanischer Berichterstattung zunehmend die Unterstützung rechter oder dem Kreml zugewandter Parteien
 62 und das Verbreiten von Fake News mit dem Ziel Europa zu schwächen und zu spalten vorgeworfen. Russland
 63 baue damit seinen geopolitischen Einfluss aus. Der Hackerangriff auf den Deutschen Bundestag 2015 ist als
 64 Beispiel zu nennen. Die Schwierigkeit scheint gerade in der unsicheren Nachweisbarkeit zu liegen. In Europa
 65 zeigen besonders Griechenland und Zypern keinen nachweisbaren Widerstand gegenüber russischer Einfluss-
 66 nahme, gefolgt von Ungarn, Österreich, Luxemburg, Malta, Portugal und Slowenien. Spanien, Frankreich, die
 67 Niederlande, Deutschland, Rumänien, Finnland, Tschechien, Dänemark und Polen lassen sich als Staaten mit
 68 Programmen zur Abwehr und Bekämpfung russischer Einflussnahme einordnen, wobei diese sich in ihrer Tiefe
 69 und Qualität unterscheiden und Lücken aufweisen. Hauptsächlich durch historische Hintergründe gewachsen
 70 bekämpfen Schweden, Estland, Lettland, Litauen und Großbritannien am stärksten russische Einflussnahme
 71 auf verschiedenen Ebenen. Gleichzeitig wird in den europäischen Medien ein Feindbild Russlands aufgebaut,
 72 dem kaum durch Sensibilisierung entgegengewirkt wird. Das Erstarren der Antieuropäer*innen befördert na-
 73 tionale Alleingänge in Europa. Damit wird eine Zusammenarbeit zunehmend erschwert, da sensible Daten un-
 74 gern gesamteuropäisch geteilt werden. Um der Verbreitung von Fake News entgegenzuwirken nahm die East
 75 StratCom Taskforce 2015 ihre Arbeit auf. Ziel der East StratCom Taskforce ist die Adressierung und Reaktion
 76 auf Desinformationen, sowie eine verbesserte Kommunikation der europäischen Politik in Osteuropa und das
 77 Stärken unabhängiger Medien. Im Zuge der anstehenden Landtagswahlen und der anstehenden Europawahl
 78 sollte eine mögliche russische Einflussnahme untersucht werden und frühzeitig nachhaltige Gegenmaßnah-
 79 men entwickelt werden. Wir Jusos fordern:

- 80 • Den Ausbau europäischer Unterstützung und Schulungen zur Abwehr der Einflussnahme gegenüber
 81 allen europäischen Staaten
- 82 • eine verstärkte Mediensensibilisierung in allen Bildungseinrichtungen, sowie das Einführen von Weiter-
 83 bildungsmaßnahmen in Berufen innerhalb der Arbeitszeiten und nicht zu Lasten der Arbeitnehmer*in-
 84 nen
- 85 • stärkere staatliche Investitionen in die Erforschung, Prävention und Abwehr von Cyber Attacken
- 86 • eine Verringerung russischer Einflussnahme durch eine verstärkte europäische Sozialpolitik und ein

87 Abwenden von der Austeritätspolitik

88 **Unsere Strategie: Sanktionen und Dialog** Es scheint als sei Russland, 28 Jahre nach dem Zusammenbruch
89 der UdSSR, nicht bereit die Staatlichkeit ehemaliger Ostblockstaaten hinzunehmen und darauf politische Be-
90 ziehungen aufzubauen. Deutlichstes Beispiel dafür ist die völkerrechtswidrige Annexion der Krim 2014, deren
91 komplexe Konfliktlage nicht nur einseitig einzuordnen ist und die sich zurzeit in Richtung eines frozen con-
92 flicts bewegt. Während die Annexion in keiner Weise anzuerkennen ist, bedarf es gleichzeitig ein kritisches
93 Hinterfragen der NATO und der EU Osterweiterung. Die ausgeführten Referenden gingen mit Einflussnahme,
94 Druck und Wahlfälschung von Statten und Mythen wie der mehrheitliche Wunsch der Krimbewohner*innen
95 war der Anschluss an Russland nicht zu belegen. Russlands Handeln verändert langfristig die geopolitische
96 Lage, auch im Kaukasus, zu seinen Gunsten. Gerade der Einsatz von Soldat*innen ohne Hoheitszeichen er-
97 schweren rechtliche Maßnahmen. Das zeigen auch die Minsker Abkommen. In diesen wird Russland nicht als
98 explizite Kriegspartei genannt. Dies ermöglicht unter anderem die Teilhabe mit dem zweitgrößten Kontingent
99 an der OSZE Mission, deren Zugang für Konfliktparteien eigentlich verwehrt bleibt und Russland so Einfluss
100 auf Planung und Durchführung der OSZE Mission gewährt. Während Russland nicht einmal als Konfliktpartei
101 genannt wird, werden sogar die "Volksrepubliken" (Donbass und Luhansk) der Separatist*innen genannt und
102 damit aufgewertet. Nichtsdestotrotz sind die Minsker Abkommen weiterhin durchzusetzen. Auch die mit Minsk
103 II eingeführten Sanktionen sind beizubehalten und bei Bedarf möglicherweise zu verschärfen. Die Antwort auf
104 völkerrechtswidriges Verhalten darf nicht ein Weiter-So aus wirtschaftlichem Interesse sein. Diese Sanktionen
105 sind ein elementares Instrument und müssen weiterhin bestehen bleiben. Gleichzeitig haben die NATO und
106 EU-Osterweiterungen einen Beitrag zur Verschärfung der außenpolitischen Beziehungen geleistet. Gerade die
107 2013 mögliche Aufnahme der Ukraine in die NATO hatte den Konflikt mit Russland weiter angefacht. Wir Jusos
108 fordern:

- 109 • Ein Beibehalten der Sanktionen gegen die russische Systemspitze mit der Möglichkeit, diese bei diplo-
110 matischem Fortschritt abzubauen oder bei Verletzungen des Minsker Abkommens oder diplomatisch-
111 drohendem Taktieren zu verschärfen
- 112 • weitere Maßnahmen, um das Umgehen der Sanktionen weitestgehend zu verhindern
- 113 • Russlands Teilhabe an der OSZE Mission zu beenden
- 114 • Solidarität westlicher Bündnisse mit den baltischen Staaten
- 115 • eine mögliche Wiedereinsetzung des NATO-Russland Rats
- 116 • das unbedingte Einhalten des Vertrags von Montreux, der das Passieren von Kriegsschiffen für Nicht-
117 anreinerstaaten und Flugzeugträger von Anreinerstaaten der Türkei lenkt

118